

Anwesend:

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussmitglied Manuel Baruschke (fehlte entschuldigt)
Ausschussmitglied Norbert Peter Brandt
Ausschussmitglied Marvin Hager
Ausschussmitglied Birgit Holtz

Mitglied Gruppe "Gemeinsam BUNT"

Ausschussmitglied Walther Schäfer
Ausschussmitglied Petra Stomberg
Ausschussmitglied Horst Dieter Walzner

Mitglied CDU-Fraktion

Ausschussmitglied Anja Mandt
Ausschussmitglied Thomas Suberg

Mitglied Gruppe WIN@WBV, Volt

Stellv. Ausschussvorsitzender Stefan Becker

Mitglied AfD-Fraktion

Ausschussvorsitzender Thorsten Moriß

Mitglied Fraktion FDP/FW

Grundmandat Thomas Lehmann (bis 12:15 Uhr)

Verwaltung

Dezernent Stadtbaurat Nikša Marušić (fehlte entschuldigt)
Techn. Betriebsleiter Tim Menke
Stellv. Techn. Betriebsleiterin Maike Schun
Kfm. Betriebsleiter Holger Kullik
Protokollführerin Anja Gutknecht

Bedienstetenvertreter/in

Werner Bolinius (bis 12:15 Uhr)
Günther Friedrichs
Gerrit Janßen

Externer Vertreter

Externer Vertreter Norbert Weinberg

Seniorenvertretung

Beratendes Mitglied Marion Reiners

Gäste

Geschäftsführung WEL/ Abteilungsleitung Kaufmännische Abteilung/Finanzen/Controlling
Iskender Evin
Auszubildender zum Verwaltungsfachangestellten Christoph Lohmann
Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung Martin Heintz

Presse

Vertreter Wilhelmshavener Zeitung Stephan Giesers

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie Beschlussfähigkeit
- 2 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Betriebsausschusses Technische Betriebe Wilhelmshaven vom 06.06.2025
- 3 Beschluss über die Tagesordnung
- 4 Vorlagen an den Rat
- 4.1 Gemeinsamer Antrag der Fraktionen WIN@WBV und Volt, CDU und SPD: **535/2025**
Quartiersverkehrskonzept für die östliche Südstadt
- 4.2 Mobilitätsstationen - Wilhelmshaven/Friesland - Grundsatzbeschluss **304/2025**
- 5 Mitteilungen und Anfragen
- 5.1 Informationen zur Auswertung Geschwindigkeitsanzeigetafel mit Smiley-Einblendung aus Vorl.-Nr. 526/2025
- 5.2 Sachstand Verkehrssituation Altengroden West (Anfrage CDU)
- 5.3 Informationen zu Fragen aus den letzten Sitzungen

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende **Herr Moriße** eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Betriebsausschusses Technische Betriebe Wilhelmshaven vom 06.06.2025

Herr Brandt wies darauf hin, dass die Beantwortung der Frage zur Hundefreilauffläche im Hinblick auf Wartungs- und Personalkosten im Protokoll nicht berücksichtigt wurde.

An der folgenden Diskussion beteiligten sich die **Herren Menke, Brandt** und **Moriße** sowie **Frau Mandt**.

Herr Menke sicherte zu, die im Protokoll bislang nicht enthaltenen Daten bereitzustellen.

Frau Mandt teilte mit, dass der Verbleib der Recyclingbänke des Bürgervereins Fedderwardergroden sowie mögliche Rückzahlungen an den Sozialfond im Protokoll nicht beantwortet wurden.

Frau Schun informierte, dass diese Themen im Verlauf der Sitzung unter Tagesordnungspunkt 5.3 behandelt werden.

Der Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des

Betriebsausschusses Technische Betriebe Wilhelmshaven vom 06.06.2025 wurde mit **10 x Ja**-Stimmen, **0 x Nein**-Stimmen und **2 x Enthaltung einstimmig zugestimmt**.

3 Beschluss über die Tagesordnung

Herr Brandt wies darauf hin, dass Antrag 535/2025 am Morgen im RIS nicht einsehbar war und daher heute nicht behandelt werden kann.

Frau Mandt bestätigte dies und ergänzte, dass der Antrag auch im Sitzungspaket fehlte.

Frau Schun verwies auf einen Datenfehler im RIS-System.

An der folgenden Diskussion beteiligten sich die **Herren Brandt, Walzner, Suberg, Becker** und **Moriße**.

Der Tagesordnung wurde mit **12 x Ja**-Stimmen, **0 x Nein**-Stimmen und **0 x Enthaltung einstimmig zugestimmt**.

4 Vorlagen an den Rat

4.1 Gemeinsamer Antrag der Fraktionen WIN@WBV und Volt, CDU und SPD: Quartiersverkehrskonzept für die östliche Südstadt **535/2025**

Herr Becker stellte den Antrag vor und erläuterte, dass bereits Gespräche mit dem Bürgerverein Süd sowie mit Anwohnerinnen und Anwohnern vor Ort geführt wurden. Dabei wurde deutlich, dass insbesondere die Rheinstraße häufig als sogenannte „Poserstraße“ genutzt wird und die dort geltende Tempo-30-Zone regelmäßig missachtet wird. Auch in der angrenzenden Ahrstraße kommt es immer wieder zu Verstößen gegen die Einbahnstraßenregelung.

In Zusammenarbeit mit dem Bürgerverein wurde daher ein Konzept zur Verkehrsführung entwickelt, das vorsieht, die Rheinstraße künftig ausschließlich als Einbahnstraße zu nutzen, um die Situation nachhaltig zu verbessern.

Herr Walzner unterstützte die vorgeschlagene Änderung der Verkehrsführung und sprach sich zudem für verstärkte Kontrollen in der Tempo-30-Zone aus.

Herr Suberg sprach sich ebenfalls für den Prüfauftrag aus und regte eine grundsätzliche Diskussion darüber an, ob Raserei und Poserei wirksamer durch ein alternatives Verkehrskonzept oder durch verstärkte Kontrollen unterbunden werden könnten

Frau Stomberg bestätigte die Einschätzung und sprach sich für ein

Verkehrskonzept aus, dass den Autoverkehr reduziert, die Parksituation verbessert und Durchfahrten in Nebenstraßen unterbindet. Ebenfalls sprach sie sich für mehr Kontrollen aus, auch in Hinblick auf Fahrradfahrer, Roller etc.

Frau Schun erkundigte sich nach dem geplanten Streckenverlauf.

Frau Mandt bestätigte, dass die Einbahnstraßenregelung bis zur Virchowstraße vorgesehen ist.

Herr Becker ergänzte, dass die neue Führung über die Gökerstraße rechts in die Rheinstraße erfolgen soll – nicht mehr links über die Virchowstraße. Die Straßenführung der Ebertstraße bleibt unverändert.

Frau Mandt betonte, dass es sich um einen Antrag zur Konzepterstellung handelt. Sie geht davon aus, dass der Bürgerverein Süd bereits mit Herrn Heintz in Kontakt steht und eine Begehung erfolgt ist. Zudem sprach sie sich für den Erhalt der Anwohnerparkplätze aus und verwies darauf, dass Gewerbetreibende eine vollständige Sperrung des Autoverkehrs ablehnen würden. Eine ausgewogene Verkehrsführung sei notwendig, um eine tragfähige Lösung für alle Beteiligten zu finden.

Herr Heintz führte aus, dass es Ziel es, die unterschiedlichen Interessen – wie Verkehrssicherheit, Marktgeschehen und motorisierten Verkehr – in Einklang zu bringen. Auch wenn nicht jedes Anliegen vollständig berücksichtigt werden kann, soll durch einen fairen Ausgleich insgesamt eine Verbesserung der Situation erreicht werden.

Herr Becker sagte zu, die Unterlagen zur neuen Straßenführung nachzureichen. Herr Becker betonte, dass keine autofreie Zone geplant sei, sondern eine Verkehrsberuhigung durch bauliche Maßnahmen wie Poller oder Begrünung. Die Straße werde seit Jahren als Rennstrecke genutzt, Kontrollen seien unzureichend. Aufgrund der hohen Nutzung durch Handel, Schule und Anwohner bestehe dringender Handlungsbedarf.

Frau Stomberg korrigierte ihre Aussage: Der Begriff „autofreie Zone“ sei missverständlich. Ein vollständiger Ausschluss des Autoverkehrs sei unrealistisch.

Dem Antrage wurde mit **12 x Ja**-Stimmen, **0 x Nein**-Stimmen und **0 x Enthaltung** einstimmig zugestimmt.

Beschluss: **-einstimmig zugestimmt-**

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Quartiersverkehrskonzept für die östliche Südstadt zu entwickeln.
Ziel ist insbesondere eine flächenhafte Verkehrsberuhigung. Die Vorschläge der Verkehrsarbeitsgruppe des Bürgerverein Süd sollen dabei

weitgehend berücksichtigt werden. Das Konzept soll schrittweise erarbeitet werden, mit dem Ziel, möglichst zeitnah eine spürbare Verkehrsberuhigung – insbesondere im Bereich Weserstraße und Rheinstraße – zu erreichen.

4.2 Mobilitätsstationen - Wilhelmshaven/Friesland - Grundsatzbeschluss **304/2025**

Herr Heintz trug den Grundsatzbeschluss mit Hilfe einer PowerPoint Präsentation vor.

Herr Moriße erkundigte sich im Zusammenhang mit Punkt 2 des Grundsatzbescheides, ob Maßnahmen grundsätzlich vom Landkreis beantragt werden und in solchen Fällen die Zustimmung des Rates erforderlich ist. Zudem stellte er die Frage, ob der Landkreis als Antragsteller oder die Stadt als zustimmende Instanz Empfänger der Fördermittel ist.

Herr Heintz erläuterte, dass die Landkreise die Förderanträge stellen und die Mittel aus dem Kohle-Struktur-Fonds stammen, der im Zusammenhang mit der Stilllegung der Kohlekraftwerke in Wilhelmshaven steht. Der Landkreis Friesland ist ebenfalls förderberechtigt, da er vom Strukturwandel betroffen ist. Die Gelder fließen regulär an die Stadt Wilhelmshaven; deren Zustimmung ist jedoch erforderlich, damit der Landkreis Friesland seine Mobilitätsmaßnahmen umsetzen kann.

Herr Friedrichs äußerte Bedenken zur Unterhaltung und Pflege der geplanten Mobilitäts- bzw. Fahrradstationen. Es wird auf bereits bestehende Anlagen verwiesen, z. B. am Südstrand, die bereits heute hohen Unterhaltungsaufwand verursachen durch Vermüllung, Pflege etc.

Zudem wird angemerkt, dass auch die Pflege begrünter Fassaden und Anlagen zusätzliche Kosten verursachen.

Herr Friedrichs fragte, welchen personellen und finanziellen Aufwand die TBW künftig für Wartung, Pflege und Unterhaltung dieser Anlagen einplanen muss und ob sichergestellt ist, dass die Anlagen langfristig gepflegt und angenommen werden.

Herr Heintz informierte, dass bisher nur begrenzte Erfahrungswerte zu den Planungsprozessen und zur Kostensicherheit vorliegen. Daher sei im aktuellen Schritt ausschließlich der Beauftragung der Planungsleistungen bis zur Leistungsphase 3 vorgesehen, einschließlich einer belastbaren Kostenberechnung auf Grundlage des Stands der Technik.

Ziel sei es, zunächst ein Betreiberkonzept zu entwickeln und zu prüfen, inwieweit Arbeiten gegebenenfalls extern vergeben werden können. Erst nach Abschluss der Leistungsphase 3 könne eine realistische Einschätzung der Gesamtkosten erfolgen

und entschieden werden, ob und wie die Maßnahme umgesetzt bzw. finanziert werden kann.

Die Planungskosten werden aus ÖPNV-Regionalisierungsmitteln finanziert. Im Falle einer späteren Umsetzung sind diese Kosten ebenfalls förderfähig.

Im Rahmen der Planung sollen drei Gewerke vergeben werden:

1. Technische Ausrüstung (z. B. Photovoltaikanlage, Informationsstelen),
2. Verkehrsanlagen und Stellplätze,
3. Freianlagenplanung (Gestaltung der Grünflächen).

Nach Abschluss der Leistungsphase 3 liegen belastbare Kostenschätzungen vor, die als Grundlage für eine spätere Beschlussfassung dienen.

Frau Mandt erkundigte sich nach den im Finanzierungsplan aufgeführten laufenden jährlichen Kosten, insbesondere nach den hohen Ausgaben für WLAN an den Mobilitätsstationen.

Herr Heintz erklärte, dass es sich hierbei um Erfahrungswerte verschiedener Unternehmen handelt, die auf der Nutzung von Outdoor-WLAN-Systemen und Umfeldkarten basieren. Die angegebenen Beträge seien vorläufige Schätzungen und würden im Rahmen der technischen Ausrüstungsplanung überprüft und gegebenenfalls angepasst.

Die Werte orientieren sich an vergleichbaren Systemen im ÖPNV-Bereich, beispielsweise bei Busbetrieben, in denen bereits Transponder mit UMTS-Karten eingesetzt werden.

Herr Brandt verwies auf die im Finanzierungsplan aufgeführten jährlichen Kosten, insbesondere rund 300.000 € für Grünflächenpflege und Straßenreinigung. Er erkundigte sich nach dem zusätzlichen Personalbedarf bei den TBW und erinnerte an den noch ausstehenden flächenbezogenen Personalbedarfsplan, der im kommenden Monat vorgelegt werden soll. Zudem wurde auf externe Vergaben in Höhe von 18.000 € bzw. 40.000 € hingewiesen. Es soll geprüft werden, welcher Anteil der Gesamtkosten auf die TBW entfällt und wie viel zusätzliches Personal erforderlich ist.

Frau Schun erläuterte, dass im Rahmen der weiteren Planung insbesondere das Betreibermodell zu klären ist. Es müsse geprüft werden, wer die Unterhaltung und den Betrieb der Mobilitätsstationen künftig übernehmen kann und ob eine vollständige Eigenleistung der TBW überhaupt realisierbar ist.

Es wird darauf hingewiesen, dass ein erheblicher Teil der Leistungen voraussichtlich extern vergeben werden muss. Entsprechend sei zu prüfen, ob eine regelmäßige Ausschreibung, beispielsweise im Zweijahresrhythmus, sinnvoll ist.

Darüber hinaus seien in den bisherigen Kostenschätzungen bestimmte Positionen, wie etwa Versicherungsaufwendungen (ca. 1.500 € pro Station und Jahr) sowie die anfallenden Zinsen, noch nicht enthalten. Die derzeit genannten Gesamtkosten von

rund 400.000 € seien daher als grobe Orientierungsgröße zu verstehen und müssten nach Vorliegen der detaillierten Planung erneut bewertet werden.

Ferner wird betont, dass auch der organisatorische Aufwand für Koordination und Instandhaltung zu berücksichtigen sei. Bereits bei bestehenden Anlagen zeige sich, dass eine kontinuierliche Betreuung notwendig ist. Dafür sei gegebenenfalls eine eigene koordinierende Stelle (z. B. Techniker- oder Meisterebene) vorzusehen.

Herr Kullik wies darauf hin, dass insbesondere die laufenden Kosten der Mobilitätsstationen sorgfältig geprüft werden müssen. Während Investitionskosten über Fördermittel abgedeckt werden können, wirken sich die laufenden Aufwendungen unmittelbar auf den Wirtschafts- und Ergebnisplan der TBW aus. Vor dem Hintergrund begrenzter städtischer Zuschüsse seien zukünftige Mehrbelastungen nur tragbar, wenn an anderer Stelle Optimierungen oder Einsparungen erfolgen.

Herr Lehmann merkt an, dass der Anteil der vorgesehenen Begrünungsmaßnahmen zu hoch erscheine. Angesichts der Lage der Stadt als „grüne Stadt am Meer“ bestehe hierfür keine so hohe Priorität wie in Großstädten mit stärkerer Hitzebelastung. Zudem wird nachgefragt, ob sich die Kosten im Finanzierungsplan ausschließlich auf den städtischen Anteil oder auch auf den des Landkreises Friesland beziehen.

Frau Schun bestätigte dies.

Frau Stomberg regte an, Erfahrungen anderer Kommunen (u. a. aus Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein und Hamburg) zu Fassadenbegrünungen einzuholen, um bewährte Konzepte und Finanzierungsmodelle zu nutzen.

Frau Schun ergänzte, dass in der Verwaltung mit Frau Dr. Schick eine fachkundige Mitarbeiterin tätig ist, die über umfangreiche Erfahrung im Bereich Begrünung und Stadtökologie verfügt und den fachlichen Austausch begleiten wird.

Frau Reiners erkundigte sich, ob die geplanten Begrünungsmaßnahmen auch im Bereich der Kreuzung Posener-/Preußenstraße vorgesehen sind und ob es sich dabei um eine optische Aufwertung des Straßenraums handelt.

Frau Schun erklärte, dass diese Maßnahme nicht im Zusammenhang mit den Begrünungsprojekten steht.

An der folgenden Diskussion beteiligten sich **Frau Mandt, Frau Reiners** und **Frau Schun**.

Frau Mandt wies darauf hin, dass es sich um einen Grundsatzbeschluss handelt, mit dem die Planungsleistungen bis einschließlich Leistungsphase 3 beauftragt werden und betonte, dass zunächst verlässliche Daten zur Kostenentwicklung und zum Betreibermodell vorliegen müssen, bevor über eine Umsetzung entschieden werden kann. Die Zustimmung zu diesem Schritt wird als notwendig angesehen, um belastbare Grundlagen für die spätere Entscheidung zu schaffen und die

interkommunale Vernetzung auf der ostfriesischen Halbinsel weiter voranzubringen.

Herr Walzner schloss sich der vorherigen Ausführung von Frau Reiners an.

Der Beschlussvorlage wurde mit **9 x Ja**-Stimmen, **1 x Nein**-Stimmen und **2 x Enthaltung** mehrheitlich zugestimmt.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

1. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven befürwortet das Gesamtkonzept Mobilitätsstationen Wilhelmshaven/Friesland als einen wichtigen Beitrag zur Mobilitäts- und Verkehrswende in der Region.
2. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven erteilt seine Zustimmung, dass die Umsetzung der Mobilitätsstationen des Landkreises Friesland mit Mitteln des Kohlestrukturfonds gefördert werden kann.
3. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven ermächtigt die Verwaltung, auf Grundlage des aktuellen Planungsstandes, gemeinsam und abgestimmt mit dem Landkreis Friesland, einen externen Planer mit der Planung bis zur LP 3 HOAI für dieses Vorhaben zu beauftragen.
4. Die Planungsergebnisse und eine Vorhabenbeschreibung zum Planungsstand Leistungsphase 3 HOAI inklusive Kostenberechnung werden dem Rat der Stadt Wilhelmshaven vor der baulichen Umsetzung von der Verwaltung zur finalen Beschlussfassung (Umsetzungsbeschluss) vorgelegt. Die Antragstellung beim Amt für regionale Landesentwicklung (ArL) erfolgt erst nach dem Umsetzungsbeschluss.

5 Mitteilungen und Anfragen

5.1 Informationen zur Auswertung Geschwindigkeitsanzeigetafel mit Smiley- Einblendung aus Vorl.-Nr. 526/2025

Frau Schun berichtete über die im Rahmen des Antrags 526/2025 in den Sommerferien aufgestellten Smileys im Verkehrsbereich. Diese dienten zur Beobachtung der Verkehrsgeschwindigkeit und waren für zehn bis zwölf Tage im Einsatz. Erste Auswertungen zeigten einzelne Spitzenwerte, die auf temporäre Geschwindigkeitsüberschreitungen hinweisen.

Herr Becker verließ die Sitzung von 10:47 – 10:48 Uhr

Es wird erläutert, dass die Smileys nur teilweise die Geschwindigkeit unterscheiden konnten, z. B. nicht zwischen Fahrrädern und motorisierten Fahrzeugen. Zur genaueren Erfassung von Verkehrsverstößen sollen daher zusätzlich verdeckte Messpunkte durch den FB61 aufgestellt werden, die die Geschwindigkeit gezielter erfassen und eine differenzierte Auswertung ermöglichen.

Nach Abschluss der Messungen wird eine Rückmeldung an den Rat erfolgen.

5.2 Sachstand Verkehrssituation Altengroden West (Anfrage CDU)

Frau Schun berichtete, dass das Thema bereits im Jahr 2015 behandelt wurde. Der betreffende Straßenabschnitt (Breite ca. 6 m, Pflasterbauweise) befindet sich in einer als Tempo-30-Zone mit „Anlieger frei“ gekennzeichneten Straße. Eine bautechnische Überprüfung ergab seinerzeit keine Auffälligkeiten. Auch eine durchgeführte Geschwindigkeitsmessung in Form von „Smiley-Messung“ zeigte keine erhöhte Verkehrsbelastung oder überhöhte Geschwindigkeiten.

Aktuell erfolgen neue Messungen mittels Smileys und verdeckter Geräte zur Erfassung von Geschwindigkeit und Verkehrsbelastung. Eine Rückmeldung an den Rat erfolgt nach Abschluss.

Frau Mandt stellte klar, dass die Anfrage von einem Anwohner stammt. Die Verwaltung wird gebeten, diesen direkt über die Ergebnisse zu informieren.

Herr Walzner informierte über die wiederholten Geschwindigkeitsverstöße, insbesondere zu Schulbeginnzeiten, und weist auf die Gefährdung von Kindern hin.

Herr Heintz erklärte, dass der Einbau von Fahrbahnschwellen in Bereichen mit Natursteinpflaster problematisch ist. Aufgrund der Bauweise werden beim Überfahren Schwingungen übertragen, die zu Beeinträchtigungen oder Schäden an angrenzenden Gebäuden führen können. Daher wird in dicht bebauten Gebieten in Abstimmung mit dem Straßenbaulastträger und der Verkehrskommission in der Regel von solchen Maßnahmen abgesehen.

Herr Walzner regte an, als alternative und temporäre Maßnahme den Einsatz mobiler Schwellen zu prüfen, die bei Bedarf wieder entfernt werden können.

Frau Stomberg wies darauf hin, dass die Straße an der Leeraner Straße vergleichsweise breit sei und regte an, verkehrsberuhigende Maßnahmen wie Einganginseln oder bauliche Verengungen zu prüfen.

Herr Walzner ergänzte, dass solche Maßnahmen in den früheren Planungen des Neubaugebiets nicht berücksichtigt wurden, da bei einer möglichen Schließung der Kreuzung Ostfriesenstraße/Friedrich-Paffrath-Straße, sämtliche Busverkehre über diese Straße geführt werden müssten.

5.3 Informationen zu Fragen aus den letzten Sitzungen

Zustand Emil-Buscher-Straße

Frau Schun berichtete zum Zustand der Emil-Buscher-Straße (ca. 220 m lang, 5 m breit, Ausführung in Klinker hochkant alt). Die Straße weist Unebenheiten und Störungen der Oberfläche auf. Der Zustandswert liegt bei 6,18 (Warnstufe), im stadtweiten Ranking jedoch nur auf Platz 480.

Die Bewertung dient der Wirtschaftsplanung und Ausschreibung, orientiert an Verkehrsbelastung, Buslinienführung und Anwohnerzahl.

Frau Schun führte weiter aus, dass eine punktuelle Sanierung aufgrund der Bauweise mit hochkant verlegten Klinkern nicht sinnvoll oder technisch umsetzbar ist. Daher können an der Emil-Buscher-Straße derzeit keine Maßnahmen durchgeführt werden.

An der folgenden Diskussion beteiligten sich die Herren **Moriße, Suberg, Brandt, Frau Holtz** und **Frau Mandt**.

Herr Suberg erkundigte sich, ob die Priorisierung von Schulwegen ein mögliches Kriterium im Rahmen der Maßnahmen darstellt.

Frau Schun bestätigte dies. Gleichzeitig führte Frau Schun weiter aus, dass im Rahmen der Straßenbewertung auch der Zustand der Kanäle geprüft wurde. Es wurde festgestellt, dass derzeit keine kritischen Schäden vorliegen, die eine gleichzeitige Sanierung der Straße erforderlich machen würde.

Frau Holtz zeigte sich sehr unzufrieden mit dieser Entscheidung, da auch Anwohner regelmäßig lose Steine der Straße einsammeln würden.

Frau Schun teilte darauf mit, dass die Stadtreinigung regelmäßig die Straße reinigen wird.

An der folgenden Diskussion beteiligten sich die **Herren Moriße, Brandt, Suberg, Frau Mandt, Frau Stomberg** und **Frau Holtz**.

Bordumplatz reinigen/pflegen

Frau Schun teilte mit, dass der Bordumplatz gereinigt wurde.

Schlechte Sicht Ladestraße/Bereich Marek & Sohn

Frau Schun informierte, dass der Sachverhalt überprüft und dokumentiert wurde, jedoch nicht abschließend geklärt werden konnte, welche Bereiche konkret als schlecht einsehbar gelten.

Herr Becker wies darauf hin, dass die Sicht auf die Kreuzung Ladestraße/Tierheim bei ausbleibendem Rückschnitt stark eingeschränkt ist.

Frau Schun ergänzte, dass einige der Bereiche Privatgrundstücke sind. Insgesamt wird der Zustand der Kreuzung derzeit als unkritisch eingeschätzt.

Flächenbezogener Personalplan

Frau Schun berichtete, dass das Grünflächenkataster noch in Arbeit ist. Im Entwurf des Stellenplans 2026 wurde eine zusätzliche Stelle für die Pflege des Stadtparkes vorgesehen. Gleichzeitig wird eine neue Stelle in der Stadtreinigung geschaffen, die

künftig die Papierkorbleerung übernimmt. Diese Aufgabe lag bisher teilweise bei den Spielplatzkontrolleuren. Insgesamt sind zwei zusätzliche Stellen eingeplant, um die entstehenden Mehrbedarfe abzudecken und Arbeitsabläufe zu optimieren. Sobald das Grünflächenkataster fertig gestellt wurde, können im WiPlan 2027 oder 2028 neue Stellen bewertet werden. **Frau Schun** teilte weiter mit, dass es im Bereich der Stadtreinigung aktuell keinen Flächenplan oder Ähnliches gibt.

Parkausweise für Anwohner Holtermannstraße zwischen Frieden- und Leibnizstraße

Frau Schun informierte, dass die Abstimmung zur Ausgabe von Parkausweisen für Anwohner der Holtermannstraße zwischen Frieden- und Leibnizstraße derzeit durch die FB 32 und 61 sowie die Verkehrskommission erfolgt; eine abschließende Regelung steht noch aus.

Grüner Ring/Oderstraße – zugewachsene Wege in der Oderstraße

Bezüglich der zugewachsenen Wege im Bereich Grüner Ring/Oderstraße teilte **Frau Schun** mit, dass die Arbeiten weitestgehend abgeschlossen seien und verbleibende Restarbeiten zeitnah durchgeführt würden.

Prüfung Zebrastreifen Salza-/Ecke Posener Straße

Zur Prüfung eines möglichen Zebrastreifens an der Ecke Salza-/Posener Straße berichtete **Frau Schun**, dass eine Untersuchung hinsichtlich eines erhöhten Unfallaufkommens stattgefunden habe, jedoch keine Vorkommnisse festgestellt wurden.

Herr Brandt wies darauf hin, dass die Spurrillen am Fußgängerüberweg eine Unfallgefahr für Rollatoren und ähnliche Hilfsmittel darstellen können, und bat darum, diese Gefährdung zu beseitigen.

Frau Schun nahm dies zur Prüfung auf.

Aufstellen Recyclingbänke

Frau Schun berichtet, dass die Recyclingbänke zwischenzeitlich aufgestellt worden seien.

Frau Reiners bedankte sich, merkte jedoch an, dass sie sich im Vorfeld eine entsprechende Information gewünscht hätte, da sie eine Rückmeldung an die zuständige Stelle geben muss.

Fehlender Pflaumenbaum Grüner Ring

Frau Schun teilte mit, dass bei einer Kontrolle kein fehlender Baum festgestellt worden sei.

Frau Reiners versicherte, dass ursprünglich 3 Bäume gepflanzt worden seien. Zudem wurde angemerkt, dass die Bäume in Granulatpflanzungen stehen, was für

die Pflege und Wachstum der Bäume nicht ideal ist.

Frau Schun nahm dies zur Prüfung mit.

An der folgenden Diskussion beteiligten sich die **Herren Brandt, Walzner, Lehmann, Moriße**, sowie **Frau Mandt** und **Frau Schun**.

Anheben der Kanaldeckel Johann-Sebastian-Bach-Straße – Busverkehr zu schnell

Frau Schun teilte mit, dass im Rahmen der Straßenaufbereitung die Kanaldeckel kontrolliert und bei Bedarf saniert bzw. erneuert wurden. Die genaue Anzahl der betroffenen Deckel wird noch nachgereicht.

Zudem wurde den Stadtwerken der Hinweis gegeben, die Busfahrer zum vorsichtigen Befahren des Bereichs zu sensibilisieren. Für weitergehende Maßnahmen verwies **Frau Schun** auf den zuständigen FB 32.

Herr Weinberg wies auf die Problematik parkender Pkw auf beiden Fahrstreifen hin, wodurch die Durchfahrt für Busse erschwert werde. Insbesondere bei Fahrzeugen mit Doppelbereifung komme es zu Erschütterungen, die Schäden an umliegenden Gebäuden verursachen könnten.

Zudem wurde darauf angemerkt, dass Busfahrer die Geschwindigkeitsbegrenzung teilweise nicht einhalten. Trotz eines bestehenden Durchfahrtsverbots für Fahrzeuge über 7,5 t wurde vorgeschlagen, die zulässige Geschwindigkeit auf 10 km/h zu reduzieren, um die Situation zu entschärfen.

An der folgenden Diskussion beteiligten sich die **Herren Friedrichs, Brandt, Suberg, Heintz, Frau Mandt, Frau Schun** und **Frau Stomberg**.

Fahrradstation Nordseepassage

Herr Becker fragte nach Sicherheitsaspekten der Fahrradstation, insbesondere im Hinblick auf Diebstähle.

Frau Schun teilte mit, dass Diebstähle nur vereinzelt bekannt werden und häufig nicht gemeldet werden, sodass die genaue Häufigkeit schwer nachzuvollziehen ist.

Es wird erläutert, dass eine Videoüberwachung technisch möglich wäre, jedoch hohe Kosten verursacht, unter anderem für die 24/7-Überwachung. Aufgrund der begrenzten finanziellen Mittel der Fahrradstation wird derzeit kein zusätzlicher Bedarf für eine Videoüberwachung gesehen.

Herr Moriße erkundigte sich, ob eine Haftung gegenüber der Stadt besteht, wenn abgestellte Fahrräder in der Fahrradstation entwendet oder beschädigt werden.

Frau Schun stellte klar, dass Fahrräder in der Station eigenständig durch die Nutzer versichert werden müssen. Die Stadt haftet nicht für Diebstähle oder Schäden an den Fahrrädern.

Gestaltung Grüner Ring

Herr Becker äußerte seine Unzufriedenheit über den aktuellen Zustand des Grünen Rings. Konkret wird bemängelt, dass Wege teilweise zugewachsen sind, die Orientierung erschwert ist und fehlende Beschilderungen die Nutzung insbesondere für Menschen mit eingeschränkter Mobilität erschweren.

Es wird angemerkt, dass die ursprüngliche Planung des Grünen Rings bereits länger besteht, die Umsetzung jedoch in Teilen unklar oder nicht eindeutig gekennzeichnet ist. Die Verwaltung wird gebeten, die Wege, Beschilderungen und Barrierefreiheit zu prüfen und gegebenenfalls Verbesserungsmaßnahmen vorzuschlagen.

Herr Brandt bestätigte die Angaben und bat die Verwaltung, den Pflegezustand der Wege, die Reinigung der Brücken, die Müllentsorgung sowie die regelmäßige Kontrolle des Grünen Rings zu überprüfen und gegebenenfalls Maßnahmen zur Verbesserung von Sicherheit und Sauberkeit vorzuschlagen.

Frau Reiners erkundigte sich nach dem Bearbeitungsstand der Anfrage zur Beleuchtung entlang des Weges zum Freibad. Es wurde berichtet, dass einzelne Lichtquellen teilweise durch Kappen oder Abdeckungen verdeckt seien, wodurch die Sichtbarkeit in den Abendstunden eingeschränkt sein könne.

Herr Schäfer verließ die Sitzung von 11:24 – 11:27 Uhr

Frau Reiners wies darauf hin, dass im Bereich des Grünen Rings und des Weges zum Freibad zahlreiche Pflegearbeiten erforderlich sind. Zum einen ragen Büsche stark in den Weg hinein, zum anderen stehen Steine hoch, sowohl vom Freibad als auch von der Kreuzungsstraße aus. Besonders der Baum am Spielplatz am Dirschauer Weg sei gefährlich, da er schräg über den Weg hängt und in den Sommermonaten durch schnelles Wachstum weitere Gefahren entstehen könnten.

Frau Schun betonte, dass die Pflege des Grünen Rings und angrenzender Spielplätze eine kontinuierliche Aufgabe ist, da im Sommer das Wachstum von Pflanzen und Brombeeren stark zunimmt. Die Verwaltung könne aufgrund der vorhandenen Personalressourcen nicht jederzeit sofort reagieren. Daher sei es wichtig, Missstände frühzeitig zu melden.

Abschließend wurde darauf hingewiesen, dass die Verkehrssicherheit, insbesondere für Radfahrende und Fußgänger, oberste Priorität hat und dass regelmäßige Pflegearbeiten notwendig bleiben, auch wenn dies zusätzliche Kosten und Personalaufwand bedeutet.

Herr Suberg erkundigte sich nach dem Zeitplan für die Herrichtung des Weges hinter dem VFL-Heim in Richtung Freibad Nord. Der Bereich sei derzeit nur eingeschränkt mit dem Fahrrad nutzbar. Er verwies auf bereits vorgestellte Maßnahmen im Bereich der Albrechtsschule und fragt, ob die Umsetzung im

Rahmen der Schulwegsanbindung oder separat erfolgt.

Herr Janßen verließ die Sitzung von 11:29 – 11:32 Uhr

Herr Lehmann regte an, im Sinne der nachbarschaftlichen Unterstützung kleinere Pflege- oder Reinigungsaktionen gemeinschaftlich durchzuführen, ähnlich früherer Sammelaktionen.

Frau Reiners wies darauf hin, dass der Bürgerverein bereits regelmäßig Reinigungsaktionen durchführt. Der Verein trage bereits durch verschiedene Maßnahmen, insbesondere durch Verschönerungsarbeiten im Grünen Ring, aktiv zur Pflege des Umfelds bei.

Herr Brandt stellte einen **Geschäftsordnungsantrag** und schlug vor, auf die Sitzungspause zu verzichten und unmittelbar mit dem nichtöffentlichen Teil fortzufahren.

Dem **Geschäftsordnungsantrag** wurde **9 x Ja**-Stimmen, **2 x Nein**-Stimmen und **1 x Enthaltung** mehrheitlich zugestimmt.

Herr Kullik begrüßte bürgerschaftliche Pflegeinitiativen, die das Gemeinschaftsgefühl stärken. In Dörfern sei die Beteiligung erfahrungsgemäß höher als in städtischen Bereichen.

Herr Suberg verließ die Sitzung von 11:35 – 11:37 Uhr

Herr Becker fasste zusammen, dass bei fehlendem Personal externe Vergaben notwendig seien. Gleichzeitig könne es nicht sein, dass in den Grünen Ring Millionen investiert würden, dieser aber nicht gepflegt werde. Die Problematik allein auf Personalmangel zu reduzieren, greife zu kurz. **Herr Becker** schlug daher vor, vor der nächsten BTBW-Sitzung eine Begehung des Grünen Rings durchzuführen.

Herr Lehmann verließ die Sitzung von 11:35 – 11:46 Uhr

An der folgenden Diskussion beteiligten sich die **Herren Brandt, Becker, Suberg, Moriße, Frau Schun** und **Frau Mandt**.

Frau Reiners verließ die Sitzung von 11:35 – 11:46 Uhr

Herr Kullik verließ die Sitzung von 11:36 – 11:40 Uhr

Herr Becker schlug als Treffpunkt „Lothar's Getränkeparadies GmbH“, Preußenstraße 14, 26388 Wilhelmshaven vor.

Gestaltung Rambla

Herr Becker äußerte Kritik am derzeitigen Erscheinungsbild der Rambla, insbesondere an der fehlenden Farbgebung und der unzureichenden Aufenthaltsqualität. Vorgeschlagen wurde, die Becken künftig mit bequemerer Sitzmöglichkeiten zu versehen und zugleich eine stärkere Begrünung vorzusehen,

um die Aufenthaltsflächen ansprechender zu gestalten.

An der folgenden Diskussion beteiligten sich die **Herren Brandt** und **Suberg**, sowie **Frau Mandt** und **Frau Schun**.

Herr Bolinius stimmte zu, dass die Sitzmöglichkeiten verbessert werden könnten, etwa durch Holzauflagen auf den Steinbänken. Er wies darauf hin, dass bei Pflegemaßnahmen Vorsicht geboten sei, da Baumwurzelwerk bereits bis zur Oberfläche reicht und mechanische Bearbeitung Schäden verursachen könne. Eine Reinigung sei daher nur schonend, z. B. mit Heißwasser oder thermischen Verfahren, möglich.

Piktogramme Werft-/Ecke Peterstraße

Herr Becker wies auf die Verkehrssituation im Bereich Werftstraße/Peterstraße hin. Die dortige Maßnahme zur Verkehrsberuhigung werde grundsätzlich als gelungen bewertet. Unklar blieb jedoch, warum auf der Westseite Fahrradpiktogramme angebracht wurden, obwohl dort ein ausreichend breiter Radweg vorhanden ist.

Frau Mandt erläuterte, dass der Abschnitt der Werftstraße hinter der Kirche in südlicher Richtung sehr schmal sei. Da der alte Radweg dort nicht ausreichend breit ist, wurden ergänzend Fahrradpiktogramme auf der Fahrbahn angebracht.

Herr Heintz informierte, dass die Markierungen der besseren Orientierung und Sicherheit dienen und die Wahlfreiheit der Radfahrenden zwischen Fahrbahn und Radweg weiterhin besteht, da keine Benutzungspflicht mehr besteht.

An der folgenden Diskussion beteiligten sich die **Herren Becker, Heintz, sowie Frau Mandt und Frau Stomberg**.

Mülleimer Kieler Straße/Marktstraße

Herr Becker berichtete über eine Bürgeranfrage zur Müllsituation im Bereich Kieler Straße/Ecke Marktstraße. Im Umfeld des Restaurants „Rice Bae“ fehle es an Abfallbehältern, wodurch regelmäßig Essens- und Getränkereste zurückgelassen würden. Es wurde angeregt, zu prüfen, ob in diesem Bereich zusätzliche Mülleimer aufgestellt werden können.

Toiletten Stadtpark

Herr Becker erkundigte sich nach dem Sachstand bzgl. der Toiletten im Stadtpark.

Frau Schun informierte, dass derzeit ein Beschilderungskonzept erarbeitet werde. Im Stadtgebiet bestehen drei öffentliche Toilettenanlagen – im Bootshaus, im Botanischen Garten und am Ehrenfriedhof. Als Hauptproblem wurde die unzureichende Beschilderung benannt, da die Standorte der Toiletten vielen Stadtparkbesuchern nicht bekannt seien. Ziel des laufenden Projekts ist die

Entwicklung eines einheitlichen Hinweissystems zur klaren Ausweisung der Anlagen im Stadtgebiet, zusätzliche Toilettenanlagen in der Nähe zum Stadtpark werden nicht errichtet.

11:45 Uhr Herr Moritze übergab den Vorsitz an Herrn Becker

Herr Moritze verließ die Sitzung von 11:45 – 11:50 Uhr

Schlechter Zustand Gehwege Kurklinik

Herr Brandt berichtete über ein Bürgeranschreiben zum schlechten Zustand der Gehwege im Umfeld der Reha-Klinik.

Herr Menke bestätigte den Eingang und die Beantwortung des Schreibens.

Schulweg Rüstersiel

Herr Brandt erinnerte an die Schulwegbegehung in Rüstersiel. Markierungen seien teils noch ausstehend (Haifischzähne und Piktogramme), Bordsteinabsenkungen sollen in den Wirtschaftsplan 2026 aufgenommen werden.

Frau Stomberg verließ die Sitzung von 11:45 – 11:47 Uhr

Herr Giesers verließ die Sitzung um 11:46 Uhr

Frau Schun verwies auf das Protokoll der Verkehrskommission vom 06.08.2025. Dabei werden die Überprüfung und ggf. Erneuerung der Markierungen und Beschilderungen im Bereich der Schule bestätigt. Problemstellen, wie zu schmale Gehwege, werden im Rahmen der Planung geprüft.

Einweihung Spielplatz Potenburg

Herr Brandt erkundigte sich nach dem Sachstand zur Eröffnung des Spielplatzes.

Frau Schun berichtete, dass die Einweihung voraussichtlich in 6 – 8 Wochen erfolgen wird, sobald die Rasenflächen ausreichend angewachsen sind.

Herr Heintz ergänzte, dass zudem der Gehweg entlang des Spielplatzes verlängert wird und eine sichere Quermöglichkeit zu den angrenzenden Lidl- und Aldi-Märkten geschaffen. Dies schließt die Anlage eines Zebrastreifens und die Anpassung der Zufahrt ein.

11:50 Uhr Herr Becker übergab den Vorsitz an Herrn Moritze

Antrag Parkplatz Fliegerdeich mobile Schrankenanlage

Frau Holtz erkundigte sich nach dem Stand einer mobilen Schrankenanlage auf dem Fliegerdeich-Parkplatz, wie sie 2019 im Antrag der SPD-Fraktion diskutiert und in der WZ vom 12.05.2001 berichtet wurde. Hintergrund ist die Begrenzung des Parkplatzverkehrs während der Sommersaison.

Frau Schun berichtete, dass das Thema aktuell nicht weiterverfolgt wird. Vorgesehen ist stattdessen eine Parkkontrolle über Kamerasysteme. Eine Umsetzung einer mobilen Schranke auf dem Deich ist derzeit nicht möglich, da Bedenken hinsichtlich der Einbringung von Fundamenten und Kabeln bestehen. Geplant ist, das Thema im Zusammenhang mit der Deicherhöhung zu prüfen, sodass bei zukünftigen Bau- und Fundamentarbeiten eine eventuelle Schranken- oder Kamerainstallation berücksichtigt werden kann.

Querungshilfe Jadeallee 104

Frau Holtz berichtete über eine Bürgeranfrage zur Verkehrsregelung im Bereich Jadeallee/Anton-Dorn-Weg. Es wurde angeregt, im Bereich der Querungshilfe Jadeallee / Anton-Dorn-Weg eine alternative Verkehrsregelung, beispielsweise durch eine „Rechts-vor-Links“-Lösung, zu prüfen.

Frau Schun teilte mit, dass eine Querungshilfe nach erneuter Prüfung im Bereich des B&B-Hotels beschlossen wurde.

Rote Markierung Rüstersieler Osttangente

Frau Holtz erkundigte sich nach dem aktuellen Stand zur geplanten roten Fahrbahnmarkierung im Bereich der Rüstersieler Osttangente auf Höhe des Fluttores. Diese Maßnahme war bereits früher vorgesehen und soll der besseren Führung des Radverkehrs dienen.

Raser Uhlandstraße

Frau Holtz berichtete, dass sich in dem betreffenden Straßenabschnitt vermehrt Verkehrsteilnehmer mit überhöhter Geschwindigkeit bewegen. Es wurde angeregt, dort Geschwindigkeitskontrollen durchzuführen.

Beschilderung Stadthalle

Frau Holtz merkte an, dass an mehreren Hauptstraßen im Stadtgebiet weiterhin Wegweisungen zur ehemaligen Stadthalle bestehen.

An der folgenden Diskussion beteiligten sich die **Herren Brandt, Friedrichs, Frau Mandt** und **Frau Schun**.

Pflegegrab am Pumpwerkpark

Abschließend bat **Frau Heintz** das Pflegegrab am Pumpwerkpark vor der geplanten Gedenkveranstaltung am 20. September zu pflegen, insbesondere Wildwuchs zu entfernen und die Brombeersträucher hinter dem Grabstein zurückzuschneiden.

Siebethsburg - Edo-Wiemken-Straße

Frau Stomberg berichtete über Anliegen aus dem Stadtteil Siebethsburg.

Herr Menke verließ die Sitzung von 12:00 – 12:01 Uhr

Im Bereich der Siebethsburger Straße (zwischen Edo-Wiemken-Straße und Bismarckstraße) kommt es laut Anwohnern zu überhöhter Geschwindigkeit, insbesondere durch Busse und Pkw. Aufgrund mehrerer Schul- und Kindergartenwege wurde die Einrichtung einer durchgängigen Tempo-30-Zone angeregt.

Zudem fehlen nach der Fahrbahnsanierung noch Markierungen für Parkflächen und die Müllfahrzeugzufahrt, was regelmäßig zu Behinderungen führt.

Auch wurde auf verstopfte Gullys durch Laub und unzureichende Straßenreinigung hingewiesen.

Straßenschäden Pflege und Verkehrssituation im Bereich Altengroden-Nord

Herr Walzner regte an, den Bereich Altengroden-Nord zu überprüfen. Insbesondere im Harlinger Weg und im Goedenser Weg seien rund um mehrere Gullideckel Ausspülungen und Ausbrüche entstanden, wodurch sich teilweise größere Vertiefungen gebildet hätten.

Herr Evin verließ die Sitzung um 12:04 Uhr

Ebenfalls wies **Herr Walzner** darauf hin, dass der Coldeweier Weg zwischen Goedenser Weg, Richtung Maade derzeit stark zugewachsen sei. Brennnesseln, Brombeersträucher und hohes Gras würden in den Radweg hineinragen und Radfahrende behindern.

Weiterhin wurde die Verkehrssituation in der Hermann-Ehlers-Straße angesprochen. Diese sei stark zugeparkt und zugleich Durchgangsstraße für Fahrzeuge, die aus Richtung Ostfriesenstraße kommend zur Werftbahnstraße fahren. Aufgrund der Enge und des teilweise schnellen Fahrverhaltens komme es dort immer wieder zu gefährlichen Situationen, insbesondere im Bereich der Überwegung zum Reitstall. Es wurde angeregt, dort eine rote Fahrbahnmarkierung zur besseren Sichtbarkeit anzubringen.

Zudem wurde auf zwei Straßenlaternen im Verbindungsweg zwischen Kurt-Schumacher-Straße und Hermann-Ehlers-Straße hingewiesen, deren Lichtkegel durch überhängende Baumkronen verdeckt werden.

Herr Lohmann verließ die Sitzung von 12:07 – 12:17 Uhr

Aufstellung Smiley am Holling

Frau Mandt bedankte sich bei den TBW für die schnelle und unkomplizierte Aufstellung der dauerhaften Smiley-Geschwindigkeitsanzeiger am Holling in Sengwarden.

Zudem wurde nach dem aktuellen Stand der Maßnahme im Bereich des Radweges

Wohnparks am Deich in Richtung Marktkauf gefragt. Nach bisherigen Informationen sei das Projekt im Maßnahmenranking aufgestiegen.

Straßenreinigung

Herr Suberg regte an, die Straßenreinigung durch temporäre Halteverbote zu erleichtern, da parkende Fahrzeuge regelmäßig die Reinigung behindern.

Frau Stomberg schloss sich der Aussage an und sprach sich ebenfalls für ein temporäres Parkverbot aus, um die Straßenreinigung zu erleichtern.

Herr Bolinius wies darauf hin, dass dies hohen organisatorischen Aufwand erfordere. Ein temporäres Halteverbot zur Erleichterung der Straßen- und Gullyreinigung sei daher praktikabler und gut umsetzbar.

Herr Friedrichs regte an, alternativ wechselnde Parkregelungen – etwa einen wöchentlichen Seitenwechsel – zu prüfen.

An der folgenden Diskussion beteiligten sich die **Herren Brandt, Suberg, Bolinius, Friedrichs**, sowie **Frau Mandt** und **Frau Stomberg**.

Herr Brandt verließ die Sitzung von 12:14 -12:17 Uhr

Die Herren Heintz, Peichert, Lehmann und Bolinius verließen die Sitzung um 12:15 Uhr

Frau Peichert verließ die Sitzung um 12:15 Uhr

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 12:30 Uhr

gez.

Dezernent

gez.

Vorsitzende/r

gez.

Protokollführer/in